

INHALT

MEINUNG

11 Der hessische Steuerfahnder-Skandal sorgt weiter für Furore. Die Anhörung im Landtag zeigt: Bei der Affäre geht es auch um die Praxis und Bedeutung von Gutachten in unserem Rechtssystem.

WIRTSCHAFT

12 Düstere Perspektiven für die USA: Das Job-Wachstum kommt zum Erliegen und die Regierung korrigiert die Konjunkturprognose nach unten.

FEUILLETON

29 Erfurt entdeckt seine jüdische Vergangenheit wieder. Am Wochenende wird die Mikwe, das mittelalterliche Ritualbad, wiedereröffnet, das in den Pogroms des 14. Jahrhunderts unterging.

MAGAZIN

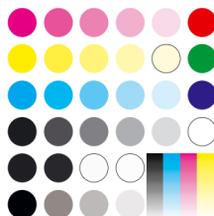
38 In der Nähe von London sollen 500 Menschen vertrieben werden, die sich „Irish Traveller“ nennen, fahrendes Volk. Zwar gehört ihnen das Land, sie sind aber trotzdem unerwünscht.

RESSORTS

Politik Seite 4
Meinung Seite 10
Wirtschaft Seite 12
Frankfurt Seite F1
Wissen & Bildung Seite 22
Sport Seite 24
Feuilleton Seite 29
Magazin Seite 38

RUBRIKEN

Impressum Seite 8
Börse Seite 17
Rätsel Seite 36
Wetter Seite 16
TV-Programm Seite B6
Familienanzeigen Seite 32



Rund um den Globus, sogar in Äthiopien, kaufen Investoren Ackerflächen auf. Das verstärkt Hungersnöte wie am Horn von Afrika.

Grenzenlose Gier nach Land

Arm füttert Reich: die Logik des Landraubs

Von Martina Doering

BERLIN. An der Nationalstraße im Norden Kambodschas, eine Autostunde von der thailändischen Grenze entfernt, stehen kilometerlang nur Gummibäume. In schnurgeraden Reihen, soweit das Auge reicht. Eine koreanische Firma hat das Land gepachtet, den Regenwald gerodet und Kautschukbäume angepflanzt. Die Katchok, eine ethnische Minderheit, hatten hier Reis gepflanzt und Früchte gesammelt. Sie wurden vertrieben.

Die Katchok-Familien sind Opfer des sogenannten Land-Grabbing: Ausländische Regierungen oder Investoren kaufen oder pachten in anderen Ländern große Bodenflächen, um dort Nahrungsmittel für den Export zu produzieren, Pflanzen für die Biosprit-Gewinnung oder Gummi-Produktion anzubauen oder auf steigende Agrar und damit Bodenpreise zu spekulieren.

Ausverkauf in Äthiopien

In diesen Tagen ist es Äthiopien, das mit dem Thema Land-Grabbing Schlagzeilen macht. Hunderttausende Menschen sind dort von einer katastrophalen Dürre und einer Hungersnot bedroht. Trotzdem haben Regierung und Behörden in anderen Teilen des Landes gerade in den letzten Monaten fruchtbare Böden in großem Stil an ausländische Firmen verpachtet.

Ein Investor aus Indien beispielsweise hat die riesige Gambella-Farm im Westen des Landes übernommen. Mit ihren 300 000 Hektar ist sie fast so groß wie Luxemburg. Dort soll Baumwolle für den Export angebaut werden. Saudische Investoren wollen für ihren Heimatmarkt eine Million Tonnen Reis pro Jahr in Äthiopien anbauen. Und erst in der vorigen Woche besuchte eine weitere Gruppe indischer Investoren das Land. 2,5 Milliarden Dollar wollen sie in Äthiopien, Tansania und Uganda investieren, um Nahrungsmittel für den indischen Markt zu produzieren. Das Hungerland Äthiopien schickt sich an, die Kornkammer der aufstrebenden Nationen Asiens zu werden.

Es ist zwar nicht neu, dass fremde Mächte die Ressourcen anderer Länder ausbeuten. Die weltweite Gier nach Land von Investoren sowie ausländischen Regierungen hat jedoch in den letzten fünf Jahren solche Dimensionen angenommen, dass vom „neuen Neo-Kolonialismus“ gesprochen wird.

Noch vor drei, vier Jahren gab es kaum Studien und Zahlen zu diesem Phänomen. Inzwischen

steht Land-Grabbing ganz oben auf der Agenda von Weltbank, Uno sowie Nichtregierungsorganisationen.

Die Zahlen, wie viel Boden weltweit in welchen Ländern an ausländische Firmen oder deren Agenturen sowie an Investoren verkauft oder verpachtet wurde, liegen weit auseinander: Die Organisation Internationale Land-Koalition meint, dass 87 Millionen Hektar betroffen sind, laut Weltbank sollen es 57 Millionen Hektar sein. Das International Food Policy Research Institute geht von 15 bis 20 Millionen Hektar aus. Viele Transaktionen bleiben geheim, was die unterschiedlichen Angaben erklärt. Den Umfang der Deals beziffert die Organisation GRAIN auf über 100 Milliarden US-Dollar.

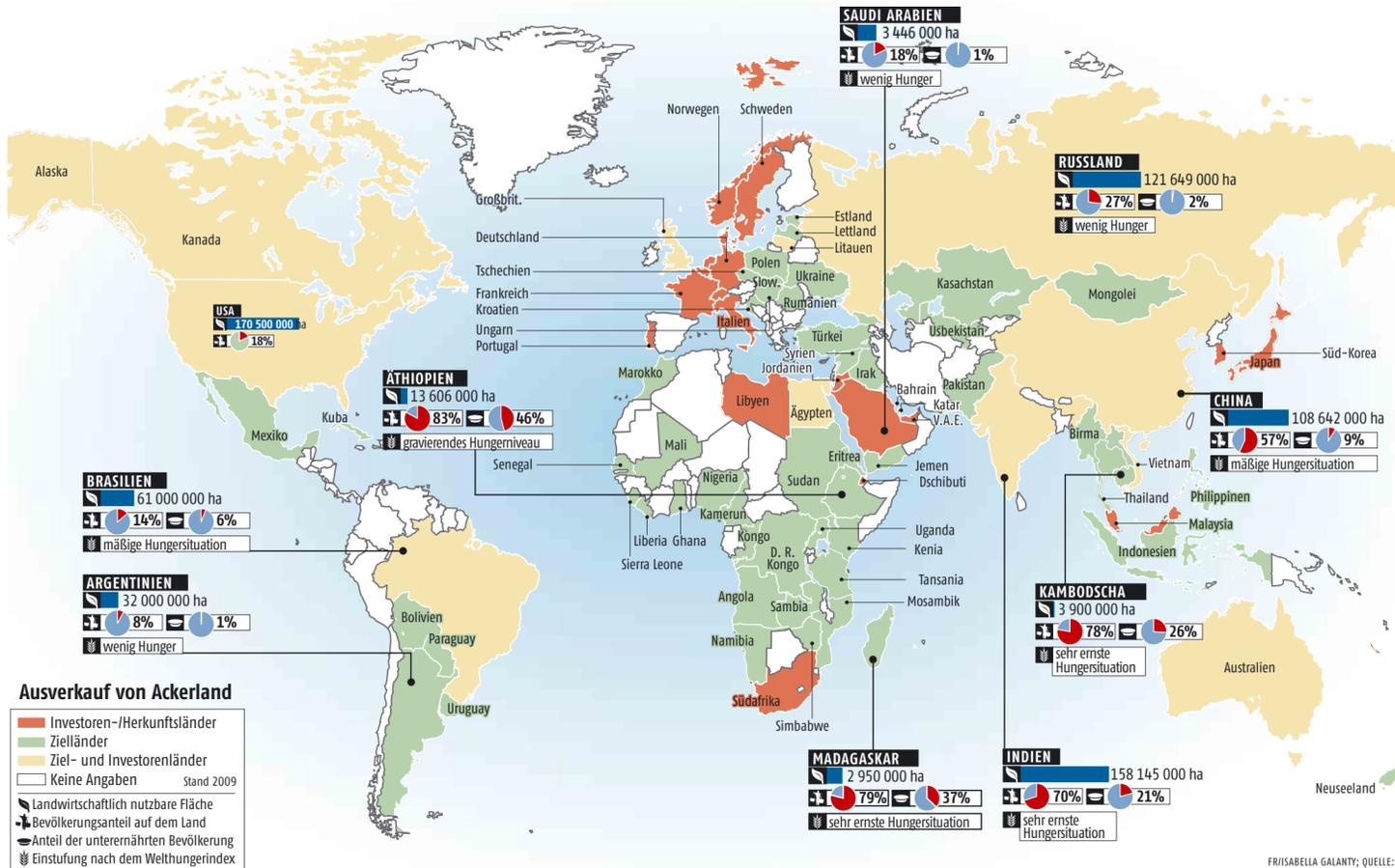
Ursache für diese Landnahme sind die seit 2008 stetig steigenden Preise für Nahrungsmittel. Auch die zunehmende Bio-Spritproduktion erhöht den Bedarf an Flächen – während gleichzeitig die Weltbevölkerung wächst und Ackerland durch Bodenerosion und Klimawandel verloren geht. „Knappheit zieht Geld an“, so wirbt ein Schweizer Investmentfonds für ein Anlage-Produkt. Versprochen werden Renditen von 15 bis 25 Prozent.

Land-Grabbing und Fremd-Investitionen werfen jedoch Probleme auf und provozieren Konflikte in den betroffenen Ländern. Exemplarisch dafür steht der Fall Madagaskar: Verhandlungen der Regierung mit dem südkoreanischen Konzern Daewoo über die Verpachtung von rund 1,3 Millionen Hektar Land für Mais- und Ölplatanenanbau lösten Anfang 2009 blutige Unruhen aus.

Gebrochene Versprechen

Boden ist rund um den Globus ein symbolbeladenes, weil identitätsstiftendes Gut und der Umgang damit sensibel. Doch beim Verkauf an Investoren verlieren oftmals Bauern ihr Farmland, lokale Landnutzer büßen traditionelle, ungeschriebene Rechte ein, Bodenpreise explodieren. Der Wasserverbrauch steigt, Monokulturen entstehen, Wälder werden abgeholzt. Investoren versprechen zwar Jobs und Einkommensmöglichkeiten für die lokale Bevölkerung, Technologietransfer und neue Infrastruktur für betroffenen Regionen. Doch ihre Versprechen sind nicht viel wert. Das Institut für Entwicklungsstudien der Universität Sussex hat 100 Land-Deals untersucht und ihre Studie auf ihrer Konferenz im Frühjahr vorgestellt: In keinem der geprüften Fälle waren die Zusagen eingehalten worden.

Werden aber auf den verkauften oder verpachteten Flächen



Ausverkauf von Ackerland



„Viele Staaten brauchen Investitionen“

Minister Dirk Niebel beklagt die schlechte

Regierung zum Phänomen des Land-Grabbing, der Landnahme zumeist in Entwicklungsländern?

Investitionen in landwirtschaftliche Vorhaben, die sowohl wirtschaftliche, soziale als auch ökologische Belange berücksichtigen, sind aus entwicklungspolitischer Sicht zunächst nichts Schlechtes. Viele Länder sind sogar auf private Investitionen in bessere Infrastruktur, Produktionsbedingungen und auf Kapital- und Technologietransfer angewiesen. Sind solche Investitionen aber mit einer Verletzung von Menschenrechten oder Bevölkerungsvertreibungen verbunden, so sind sie für mich nicht akzeptabel.

Welche Haltung hat die Bundesregierung zum Phänomen des Land-Grabbing, der Landnahme zumeist in Entwicklungsländern?

Investitionen in landwirtschaftliche Vorhaben, die sowohl wirtschaftliche, soziale als auch ökologische Belange berücksichtigen, sind aus entwicklungspolitischer Sicht zunächst nichts Schlechtes. Viele Länder sind sogar auf private Investitionen in bessere Infrastruktur, Produktionsbedingungen und auf Kapital- und Technologietransfer angewiesen. Sind solche Investitionen aber mit einer Verletzung von Menschenrechten oder Bevölkerungsvertreibungen verbunden, so sind sie für mich nicht akzeptabel.

Hebt sich China beim Land-Grabbing besonders hervor?

Man sollte keine einzelnen Länder derart herausstellen. Man kann über viele Aspekte der chinesischen Entwicklungskooperation in Afrika streiten. Ich glaube aber, bei Investitionen Chinas in landwirtschaftliche Gebiete geht es nicht vor allem um das, was mit Landraub gemeint ist.

Die Bundesregierung beschäftigt sich seit einiger Zeit sehr intensiv mit dem Thema. Warum?

Viele betroffene Länder sind Partnerländer der deutschen Entwicklungszusammenarbeit. Sie haben mit teilweise gravierender Unterernährung und ländlicher Armut zu kämpfen, die Landwirtschaft produziert auf sehr niedrigem Ertragsniveau, sie leiden oft

keine Nahrungsmittel oder überwiegend Nahrungsmittel für den Export angebaut, kann dies zu einer Verschärfung der Ernährungssituation führen. Wenn internationale Investoren zudem ausschließlich eigene Arbeitskräfte beschäftigen, ohne dass lokale Arbeitskräfte geschult werden, können der lokalen Bevölkerung die Beschäftigungsmöglichkeiten genommen werden. Hinzu können negative Wirkungen auf Umwelt und Ökosysteme kommen.

Hebt sich China beim Land-Grabbing besonders hervor?

Man sollte keine einzelnen Länder derart herausstellen. Man kann über viele Aspekte der chinesischen Entwicklungskooperation in Afrika streiten. Ich glaube aber, bei Investitionen Chinas in landwirtschaftliche Gebiete geht es nicht vor allem um das, was mit Landraub gemeint ist.

Die Bundesregierung beschäftigt sich seit einiger Zeit sehr intensiv mit dem Thema. Warum?

Viele betroffene Länder sind Partnerländer der deutschen Entwicklungszusammenarbeit. Sie haben mit teilweise gravierender Unterernährung und ländlicher Armut zu kämpfen, die Landwirtschaft produziert auf sehr niedrigem Ertragsniveau, sie leiden oft

Investitionen“

Regierungsführung in vielen von Land-Grabbing betroffenen Ländern

unter schlechter Regierungsführung und weisen häufig Defizite bei ihren Bodenpolitiken und Landnutzungsplanungen auf. Viele von ihnen sind oder waren in gewalttätige Konflikte involviert. Deshalb setzt sich die deutsche Entwicklungspolitik dafür ein, die Risiken eines verantwortungslosen „Land Grabbing“ einzudämmen und die Potenziale von Investitionen in nachhaltige landwirtschaftliche Vorhaben zu nutzen. Dabei stehen die Ernährungssicherheit und die Beachtung bestehender Land- und Wasserrechte sowie die Einbindung und Teilhabe lokaler Arbeitskräfte im Mittelpunkt.

Kann man diesen Prozess kontrollieren, so dass die negativen Auswirkungen begrenzt werden?

Ein zentrales Problem ist oft die Intransparenz, der Landkäufe und -pachten. Detaillierte Informationen über Art und Inhalte der Verträge und über den Verhandlungsstand werden meist weder von staatlichen Stellen noch von Investoren bereitgestellt. Deshalb ist das BMZ aktiv im Dialog mit Partnerregierungen, Investorenländern, Banken, Fonds und der Privatwirtschaft, klärt auf und berät, wie den Risiken entgegengewirkt, die Chancen genutzt und internationale Standards eingehalten werden können. Gleichzeitig stärken wir die Zivilgesellschaft in ihrer Kontrollfunktion. Wichtig ist auch die Registrierung von Landrechten, also das Katasterwesen.

Was tut die Bundesregierung?

Wir bringen uns aktiv in die Arbeit und Umsetzung internationaler Leitlinien zum verantwortungsvollen Umgang mit Landressourcen ein. Dabei werden in Zusammenarbeit mit multilateralen Institutionen, anderen

bilateralen Gebern, Partnerregierungen und Vertretern der Zivilgesellschaft Mindestanforderungen für Staaten und Investoren definiert. Die Investitionen sollen dadurch stärker in Einklang mit den Menschenrechten, den Bedürfnissen der lokalen Bevölkerung, mit Umweltschutz-Aspekten sowie mit Prinzipien guter Regierungsführung gebracht werden.

Kann man diesen Prozess kontrollieren, so dass die negativen Auswirkungen begrenzt werden?

Ein zentrales Problem ist oft die Intransparenz, der Landkäufe und -pachten. Detaillierte Informationen über Art und Inhalte der Verträge und über den Verhandlungsstand werden meist weder von staatlichen Stellen noch von Investoren bereitgestellt. Deshalb ist das BMZ aktiv im Dialog mit Partnerregierungen, Investorenländern, Banken, Fonds und der Privatwirtschaft, klärt auf und berät, wie den Risiken entgegengewirkt, die Chancen genutzt und internationale Standards eingehalten werden können. Gleichzeitig stärken wir die Zivilgesellschaft in ihrer Kontrollfunktion. Wichtig ist auch die Registrierung von Landrechten, also das Katasterwesen.

Das BMZ hat seine Ausgaben zur Entwicklung der Landwirtschaft wieder erhöht. Um wieviel? Ist geplant, sie noch weiter zu steigern?

Der Bereich ländliche Entwicklung ist leider über lange Zeit vernachlässigt worden. Das habe ich geändert. Die Entwicklung ländlicher Räume bildet heute wieder einen politischen Schwerpunkt der deutschen Entwicklungspolitik. Wir haben dazu ein Konzept „Entwicklung ländlicher Räume und ihr Beitrag zur Ernährungssicherung“ entwickelt, das sich in der Umsetzung befindet und langfristig angelegt ist.

Die Bundesregierung hat auf dem G8-Gipfel 2009 in LAquila zugesagt, in den Jahren 2010 bis 2012 zusammen 3 Milliarden US-Dollar (umgerechnet 2,1 Milliarden Euro) für ländliche Entwicklung und Ernährungssicherung in Entwicklungsländern bereit zu stellen. Allein in diesem Jahr werden wir auf über 700 Millionen Euro für ländliche Entwicklung kommen, das sind mehr als 10 Prozent des BMZ-Etats. Die Höhe der Gelder entscheidet aber nicht über den Erfolg eines Projektes. Deshalb arbeitet das BMZ daran, die Wirksamkeit der eingesetzten Gelder zu erhöhen.

Das Gespräch führte Martina Doering.

DIE GLOBALE EINKAUFSTOUR

Vor allem Regierungen und Firmen aus reichen Staaten kaufen oder pachten Land bei den Armen, den Entwicklungsländern. Dort erleichtern schwache Regierungen, unklare Landrechte und Korruption solche Geschäfte. Doch im Prinzip ist fast jeder bei jedem in Sachen Landgrabbing unterwegs: Japan akquiriert in China Agrarboden. China und Saudi-Arabien wiederum gehen in Afrika auf Einkaufstour. Vietnam pachtet Land in Kambodscha. US-Firmen sind in Südamerika unterwegs. Einige Beispiele:

In Madagaskar hatte 2009 ein Vertrag über die Verpachtung von 1,3 Millionen Hektar und damit die Hälfte des dort nutzbaren Agrarbodens an den südkoreanischen Konzern Daewoo zum Sturz der Regierung geführt. Inzwischen sollen dort Boden-Deals und Absprachen storniert worden und damit um zwei Drittel zurückgegangen sein. Weiterhin aktiv sind dort unter anderem deutsche, italienische und indische Firmen aktiv.

Der Sudan ist das Land, das am stärksten vom Landgrabbing betroffen sein soll. Eine Studie listete 2010 über 130 Projekte ausländischer Investoren auf, verteilt auf insgesamt vier Millionen Hektar Ackerfläche. Im Sudan investieren reiche Staaten wie Saudi-Arabien, Südkorea, die USA, aber auch arme Länder wie Ägypten und Jordanien. In Süd-Sudan war bereits Anfang 2011, also noch bevor das Land unabhängig wurde, ein Zehntel des Farmlandes an ausländische Firmen verpachtet.

Senegal will über 70 Prozent seiner Reisbau-Flächen an eine saudische Firma verpachten. China will auf 100 000 Hektar Erdnüsse anbauen.

In Russland sicherte sich ein schwedisches Unternehmen 331 000 Hektar des sehr fruchtbaren Schwarzerde-Bodens. 2010 wurden dort etwa auf 143 600 Hektar Weizen angebaut. Eine russische Firma pachtete in der Ukraine rund 300 000 Hektar Land und sucht Flächen in Weißrussland, Asien und Afrika.

In den USA bewirtschaften diverse Unternehmen aus Japan rund 200 000 Hektar Land. US-amerikanische Firmen wiederum produzieren in Äthiopien, Liberia, Madagaskar, China, der Ukraine Pflanzen für Agrarkraftstoffe, Reis, Vieh, Geflügel, Getreide.

Indien wird für Agrarinvestoren immer interessanter, bekannt ist ein Kontrakt mit einer Firma aus Bahrain. Indische Firmen pachten oder kaufen Land in Uruguay, Äthiopien und anderen afrikanischen Staaten.

In Argentinien, in der Provinz Rio Negro, will Chinas größtes staatliches Agrarunternehmen Beidahuang 320 000 Hektar für den Anbau von Sojabohnen-, Getreide- und Ölsamen-Anbau pachten. Ein entsprechendes Abkommen soll der Provinzgouverneur bei einem Besuch in Peking 2010 unterzeichnet haben.

China ist selbst Ziel ausländischer Investitionen. Die amerikanische Investment Bank Goldman Sachs hat für knapp 500 Millionen US-Dollar industrielle Geflügel und Schweinezuchtbetriebe in China aufgekauft. Japan hat dort Land erworben. China wiederum kauft selbst Ackerland in anderen Ländern auf, vor allem in Afrika. In Mosambik war eine 800 Millionen US-Dollar Investition auf Land geplant, auf dem 10 000 chinesische Bauern angesiedelt werden sollten. Der Deal wurde auf politischen Druck hin abgebrochen.

In Kambodscha erwerben thailändische Zuckerkonzerne schon seit 2006 Landkonzessionen, 2009 kam es in den Konzessionsgebieten zur brutalen Vertreibung dort ansässiger Kleinbauern. Im November 2010 berichtete das ARD-Magazin „Report Mainz“ über die Vertreibungen sowie darüber, dass eine Fondsgesellschaft der Deutschen Bank Beteiligungen an dem Zuckerkonzern hält. Inzwischen sollen die Anteile verkauft sein.

Tansania bietet Investoren 44 Millionen Hektar kultivierbares Land zur Produktion von Pflanzen zur Gewinnung von Bioenergie an. Dafür müssten tausende Bewohner umgesiedelt und große Waldflächen gerodet werden. Inzwischen hat die Regierung die Vergabe gestoppt. Sie will warten, bis ein nationales Programm für die Produktion von Agrarkraftstoffen vorliegt.

Libyen hatte 2009 mit Mali einen Vertrag geschlossen über die Bewirtschaftung von 100 000 Hektar Ackerland. Auch mit Sudan war verhandelt worden. Diese Pläne liegen jedoch wegen der politischen Ereignisse auf Eis.

Äthiopien ist nicht nur ein Synonym für Hunger, sondern auch für die Absurdität des globalen Landnahmeprozesses: Fast die Hälfte der äthiopischen Bevölkerung ist unterernährt. Zugleich bieten Regierung oder lokale Behörden etwa drei Millionen Hektar fruchtbares Land internationalen Investoren an. Aber nicht China, sondern Indien ist am stärksten in Äthiopien engagiert: Indische Firmen sollen sich die Nutzungsrechte an einer Million Hektar in Äthiopien gesichert haben – zu extrem geringen Pachtgebühren, mit Steuervorteilen und ohne Auflagen.

(Quellen: CIRAD, INKOTA, GRAIN, Economist, weltscichten)